

**Stellungnahme des Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V.
zum Gesetzentwurf zur flächendeckenden Etablierung mobiler Ge-
meindeschwesternplus in Baden-Württemberg**

Sozialverband VdK Baden-Württemberg e. V.
Abteilung Sozialpolitik
Johannesstraße 22
70176 Stuttgart

Telefon: 0711 61956-22
E-Mail: s.wittenberg@vdk.de

Stuttgart, 05.05.2025

Sehr geehrte Damen und Herren,

vielen Dank, dass Sie uns Gelegenheit geben, im Anhörungsverfahren zum Gesetz zur flächendeckenden Etablierung mobiler Gemeindeschwesternplus in Baden-Württemberg Stellung zu nehmen.

Als Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. mit mehr als 270.000 Mitgliedern haben wir in unseren täglichen Beratungsgesprächen ein Ohr für die Sorgen und Nöte der pflegebedürftigen Menschen und ihrer Angehörigen.

Aufsuchende Pflege- und Sozialberatung

Menschen, die aufgrund von Behinderung und Alter nicht mehr in ihrer bisherigen Wohnung leben können, sind in der aktuellen Wohnungsmarktsituation oft gezwungen, aus ihrem gewohnten Umfeld wegzuziehen und das bestehende soziale Umfeld zurückzulassen. Rückzug und Vereinsamung sind die Folgen. Andere sind bereits pflegebedürftig, ohne jedoch Unterstützung zu erhalten. Sie möchten nicht als pflegebedürftig gelten, den Sozialstaat nicht belasten, oder sie haben schlicht keine Kenntnis über Unterstützungsstrukturen.

Der Sozialverband VdK setzt sich schon immer dafür ein, älteren und pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich und erwünscht ein selbstbestimmtes Verbleiben im eigenen Zuhause zu ermöglichen. Nicht zuletzt aus diesem Grund bieten wir mit unserer Wohnberatung Unterstützung, um die Wohnung oder das Haus an veränderte Wohnbedürfnisse anzupassen.

Der Zugang zu Unterstützung ist jedoch nicht für alle Menschen gleichermaßen gegeben. Trotz unserer Wohnraumberatung und auch der flächendeckend guten Beratung der Pflegestützpunkte erreichen wir viele Menschen nicht. In Anspruch nehmen diese Unterstützungsangebote in erster Linie Angehörige. Personen ohne starkes soziales Netz, mit Sprachbarrieren und mit geringerer gesellschaftlicher Teilhabe benötigen deswegen gezielte und zugehende Unterstützung.

Doppelstrukturen vermeiden

Bestehende Strukturen, wie Pflegestützpunkte, müssen bei der Umsetzung mitgedacht werden. Mit der Expertise der Modellprojekte „PräSenZ“, der Pfl-

gestützpunkte, Sozialstationen und anderer Akteure aus der Praxis sollte geprüft werden, ob die aufsuchende Pflege- und Sozialberatung bei den bestehenden Strukturen, wie den Pflegestützpunkten, angesiedelt werden kann. Dadurch würde Expertise gebündelt und Arbeitsverteilung und Einarbeitung vereinfacht. Infrastruktur, sowie finanzielle und personelle Ressourcen würden effizient verwendet.

Würden für die aufsuchende Pflege- und Sozialberatung neue Strukturen oder ein neuer Name entstehen, müsste dieser den Bürgerinnen und Bürgern in Baden-Württemberg neu bekannt gemacht werden. Die Stärkung bestehender Strukturen verankert wiederum die Bekanntheit in der Gesellschaft weiter. Zusätzliche Strukturen erschweren Betroffenen den Zugang zu Informationen. Sie sorgen für Verweise zwischen den unterschiedlichen Trägern bei eingehenden Anfragen und erhöhen damit auch den jeweiligen Arbeitsaufwand.

Eine Vermeidung von Doppelstrukturen ist daher nicht nur bürgernäher und zugänglicher, sie ist auch wirtschaftlicher und wird der Arbeitsmarktsituation gerecht. Fachkräften muss ein gutes Team, Einarbeitung und eine professionelle Trägerstruktur geboten werden.

Anforderungen an Fachkräfte

Der Gesetzesentwurf sieht vor, die Stellen der aufsuchenden Pflege- und Sozialberatung mit Pflegefachkräften zu besetzen. Wir empfehlen, die Voraussetzungen zu lockern, um beispielsweise auch Pflegefachassistenzen zuzulassen. Solange diese in einem professionellen Umfeld, wie Pflegestützpunkten, arbeiten, ist eine angemessene fachliche Anleitung und Aufsicht gewährleistet.

Namensgebung

Eine Bezeichnung der aufsuchenden Pflege- und Sozialberatung als „Gemeindeschwestern plus“ impliziert, dass dieser Beruf nur oder in erster Linie von Frauen ausgeübt werden könnte. Es erschwert die Identifikation männlicher Fachkräfte mit der Arbeit und die Suche nach Fachkräften. Außerdem beeinflusst es die Rollenbilder zukünftiger und aufwachsender Generationen.

Unbezahlte, aber auch professionelle Care-Arbeit wird überwiegend von Frauen übernommen. Um auch Männern die Identifikation mit Care-Arbeit zu ermöglichen, muss die Beratungsstruktur zwingend mit einer professionellen Bezeichnung versehen werden. Durch eine Ansiedlung der Strukturen an bestehende Strukturen würde sich eine weitere Namenssuche erübrigen und die aufsuchende Beratung könnte schlicht als solche bezeichnet werden.

Abschließend

Der Sozialverband VdK Baden-Württemberg e.V. begrüßt den Vorstoß der SPD zur Etablierung aufsuchender Pflege- und Sozialberatung. Wir fordern die Landesregierung auf, der Empfehlung der Enquetekommission nachzukommen und gemeinsam mit Expertinnen und Experten aus der Praxis ein Konzept zur Umsetzung auszuarbeiten.

Hans-Josef Hotz
Landesverbandsvorsitzender

Thomas Schärer
Landesverbandsgeschäftsführer